

meine Erfahrungen gemacht. Es stört mich aber auch, wenn man in der SPD so tut, als müsse sie auf die Linkspartei zugehen – umgekehrt muss es sein: die Partei »Die Linke« müsste eigentlich auf die SPD zukommen. Wir sind ja nicht die 10 %-Partei.

**Uekermann:** Alle müssen sich bewegen, es

geht natürlich nicht darum, dass nur die SPD ihre Positionen räumt.

**Grebing:** Jetzt wären auch die Gewerkschaften am Zuge. Sie kommen gerade weg von ihrem reinen Klientelprinzip von vor zwei Jahrzehnten und besinnen sich wieder auf ihre gesellschaftliche Gestaltungskraft.

*Siegfried Heimann/Peter Brandt*

## Die SPD, die Partei Die Linke und das Jahr 2017

Das Ergebnis der Bundestagswahl im September 2013 löste in der SPD wenig Begeisterung aus, auch wenn die dadurch zustande gekommene Große Koalition von einer großen Mehrheit der Mitglieder – wenn auch bei vielen mit Vorbehalten – gebilligt wurde. Bei allen Klagen über das Wahlergebnis meinten jedoch nicht wenige Sozialdemokraten, dass nun aber zumindest ein Tabu gebrochen sei. Die Zeit der »Ausschlusserritis«, die Unmöglichkeit auf Bundesebene mit der Linkspartei zu koalieren, sei zu Ende. Wenn die Voraussetzungen, wenn nämlich die Linkspartei bestimmte »fundamentalistische« Positionen räume, sei 2017 eine Koalition vorstellbar, die auch die Linkspartei einschließt. Das Jahr 2017 kommt bestimmt, keinesfalls sicher ist aber, ob das Wahlergebnis dann für eine solche Koalition mit einer/einem SPD-Kanzlerin/Kanzler reicht.

Einig sind sich die meisten Sozialdemokraten, die über die jetzige Koalition hinausdenken, dass eine rot-rot-grüne Koalition langfristig vorbereitet werden muss. Das verlangt auch von der Partei Die Linke, dass sie – wie es in einem für den SPD-Parteivorstand verfassten Positionspapier von Ralf Stegner, Jan Stöß, Elke Ferner u. a. heißt – »ihren Weg zur Regierungsfähigkeit weiter zu gehen und notwendige Fragen bei sich zu klären« hat. Das so vorzu-

bereitende »progressiv-linke Reformbündnis« verlange von allen beteiligten Parteien die Bereitschaft, alle Differenzen »in einem ehrlichen und konstruktiven Diskussionsprozess« zu klären.

Vergessen wird dabei oft, dass dieser eingeforderte Klärungsprozess in der Linkspartei auch eine historische Dimension hat. Hier gilt es vonseiten der Historischen Kommission der SPD aufmerksam zu bleiben und auf ungeklärte oder zumindest unzureichend geklärte historische Streitfragen zwischen SPD und Linkspartei aufmerksam zu machen. Dabei geht es keinesfalls darum, sich gegenseitig die jeweiligen angeblichen oder tatsächlichen »Sünden« der Vergangenheit um die Ohren zu hauen, im Gegenteil: Es gilt mehr denn je gegenseitig »abzurüsten«. Das meint seitens der SPD, nicht symbolische Hürden zu errichten, um irgendwann zu konstatieren, dass die Linkspartei nicht darüber gesprungen und deshalb, leider, leider, eine Koalition nicht möglich sei.

Aber es gibt Streitfragen und es gibt Festschreibungen von historischen Sichtweisen, die diskutiert werden müssen, auch hinsichtlich der Frage, ob nicht weiterhin bestimmte Festschreibungen für eine künftige Koalition Hindernisse darstellen.

Historiker aus der DDR haben schon kurz nach 1989 in bemerkenswerter Weise

»Selbstkritik« geübt. Mitglieder der Historiker-Gesellschaft (der DDR), ein eingetragener Verein, der sich Ende 1990 auflöste, erklärten, dass ihre wissenschaftliche Arbeit »von den politischen Ansprüchen der Partei- und Staatspolitik dirigiert und im Ergebnis deformiert« worden sei. Zugleich hofften sie damals aber auch, dass die »Historiker, die bisher in zwei deutschen Staaten voneinander getrennt wirkten, [...] im Disput vertrauensbildend tätig sein und die Vergangenheit gemeinsam kritisch aufarbeiten« sollten. (Erklärung des Präsidiums der Historiker-Gesellschaft e.V., in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1/1991).

Auch wenn die HistorikerInnen aus der Bundesrepublik nicht an einer von Partei und Staat gegängelten »Auftragswissenschaft« mitgeschrieben haben, gemeinsame Diskussionen zwischen Historikern, die Mitglied der SPD sind, und Historikern, die Mitglied der PDS oder der Linkspartei sind, fanden in den folgenden Jahren immer wieder statt. Sie diskutierten nicht als »Parteihistoriker«, die sich von ihrer jeweiligen Partei Sichtweisen vorgeben ließen, sie wurden dennoch auch wahrgenommen als Mitglieder der jeweiligen Historischen Kommissionen.

Vor über 350 Teilnehmern und mit großem Medienecho fand im Januar 2003 im Berliner Abgeordnetenhaus ein Streitgespräch statt; mit Heinrich August Winkler auf der einen Seite und Klaus Kinner auf der anderen, moderiert von Walter Momper und Lothar Bisky. Thema war die Frage: »War Hitler vermeidbar?« Die Diskutanten waren sich einig, wie Bisky resümierte: »Wir müssen uns von der Legende verabschieden, Sozialdemokraten und Kommunisten hätten zusammen Hitler verhindern können.« Walter Momper stellte fest: »Eine Konstante in Deutschland ist weggefallen: dass die kommunistische Traditionslinie und die sozialdemokratische Traditionslinien nicht miteinander können. Das ist vorbei.« Dafür gab es freilich,

wie die taz damals registrierte »nur schüchteren Applaus aus dem Publikum«.

Gemeinsame Gespräche gab es immer wieder. Aber weiterhin war vonseiten der Linkspartei ein taktischer Umgang mit der Geschichtsaufarbeitung erkennbar. In einem Streitgespräch über Ferdinand Lassalle und das Jahr 1863 zwischen Reinhard Rürup und dem Sprecher der Historischen Kommission der Linkspartei, Jürgen Hoffmann, im Jahre 2013 war man sich oft einig. Reinhard Rürup fehlte jedoch ein »klarer Umgang mit der DDR-Geschichte, ein eindeutiger Schritt« der Linkspartei. Günter Benser verstand das als Vorwurf und verwies auf »unzählige Konferenzen und Publikationen« der Historischen Kommission der Linkspartei. Aber bemerkenswerte Erkenntnisse von PDS-nahen Historikern sind das Eine, die Festschreibung im Programm der Linkspartei von 2011 ist das Andere. Und das Dritte, womöglich Gewichtige, sind die geschichtspolitischen Positionen in nicht wenigen Bereichen der Linken-Basis.

Die Historische Kommission der PDS hat bereits in den frühen 90er Jahren zu verschiedenen Streitfragen der Vergangenheit kritisch Stellung genommen. Die veröffentlichten Papiere schwankten jedoch schon Mitte des Jahrzehnts meist zwischen einem deutlich wahrnehmbaren Lernprozess und einem taktischen Verhalten. So etwa in dem Papier: »Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD« im Jahre 1996, das so manche »Kröte« enthielt, die nicht wenigen PDS-Mitgliedern schwer verdaulich im Magen lag, wie die Leserbriefe dazu im Neuen Deutschland belegen. Von sozialdemokratischer Seite wurde jedoch zu Recht kritisiert, dass das Papier weiterhin nur beschönigende Formulierungen über die »Zwänge« bei der Verschmelzung der Parteien zur SED enthielt.

Die Taktik, den eigenen Genossen um des innerparteilichen Friedens willen nicht zu viel zumuten zu wollen, ist bis heute erkennbar und prägt auch nicht wenige Stel-

lungennahmen der Historischen Kommission der Partei Die Linke. Dennoch gibt es auch immer wieder öffentlich ausgetragene innerparteiliche Kontroversen über Streitfragen bei der Sicht auf die Geschichte der KPD/SED und der KPdSU und der Sowjetunion überhaupt. Innerparteiliche Kritiker von der Kommunistischen Plattform sprachen noch 2007 von einem »Kotau vor der veröffentlichten Meinung«, als die Berliner Linkspartei auf einem Landesparteitag die Absage an den Stalinismus deutlich formulieren wollte. Die Empörung über diesen denunziatorischen Vorwurf war groß. Der Landesvorsitzende erklärte, er wolle nun »Verteidiger des Stalinismus ... nicht mehr still erdulden«. Die Opfer des Stalinismus als »Kollateralschäden« zu bezeichnen, sei der »blanke Hohn«. Die große Mehrheit auf dem Landesparteitag folgte diesen deutlichen Worten. Die Diskussion darüber war jedoch noch keinesfalls beendet. Das zeigte sich, als auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin ein kleiner Stein mit der Inschrift »Den Opfern des Stalinismus« sehr schnell zu einem großen »Stein des Anstoßes« wurde. Die Leserbriefe im Neuen Deutschland offenbarten, wie viele Mitglieder noch an liebgewordenen Feindbildern festzuhalten bereit waren.

Die Absage an den Stalinismus ist in der PDS und in der Linkspartei tatsächlich immer wieder erfolgt. Die Absage meinte sowohl das stalinistische Herrschaftssystem in der Sowjetunion wie auch die grundsätzliche Kritik an der stalinistischen KPD und SED. Diese Absage aber ist zugleich auch immer wieder auf innerparteilichen Widerspruch gestoßen.

Der Begriff »Stalinismus« war ja, wie Michael Nelken in einem nachdenklichen Aufsatz schon im Jahre 1996 konstatierte, die »zentrale Achse im Neu- und Selbstfindungsprozeß der PDS«. Der »Antistalinismus« war nach Meinung von Nelken zunächst ein »hegemonialer Gründungskonsens«, aber wenig später hatte seit Mitte der 90er Jahre ein »nachhaltiger nostalgischer

schischer bis restaurativer Umschwung in der PDS stattgefunden«. Denn: »Eine offene und schonungslose Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte kollidierte mit dem Partei-Interesse an einer breiten ostdeutschen Sammlungsbewegung.« Die Parteireformer von 1990 waren nun plötzlich zu »Liquidatoren des Sozialismus« geworden. André Brie konnte damals nur fassungslos fragen: »Also zurück zu Stalin?«.

So schlimm ist es nicht. Im neuen Programm der Linkspartei von 2011 heißt es eindeutig: Der Beschluss der PDS aus dem Jahre 1989: »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System« gelte weiterhin, auch wenn die Geschichte der DDR, der SED nicht darauf verkürzt werden dürfe. Das sei »unhistorisch«.

Mit Hilfe eines Parteitagsbeschlusses den »Stalinismus« par ordre de mufti aus der Partei zu verdammen, übersah und übersieht, wie Nelken anmerkt, dass in einer »stalinistisch/poststalinistischen Partei«, die die PDS nun mal sei, weiterhin nicht wenige Mitglieder mit »stalinistischen Auffassungen« zu finden sind. Zu Recht nennt Nelken diese übrigens den »konservativ-legitimatorische[n] Flügel der PDS«.

Die Historische Kommission der SPD, aber auch alle anderen Sozialdemokraten sollten angesichts dieser sehr einsichtigen Benennung endlich davon absehen, diese nicht kleiner werdende, aber nie die Mehrheit der Linkspartei bildende Gruppe den »linken Flügel« der Partei zu nennen.

Der innerparteiliche Streit über den Umgang mit dem historischen Stalinismus, vor allem der Streit darüber, wie der Opfer des Stalinismus zu gedenken sei, ist seit Mitte der 90er Jahre nie verstummt. Im Jahre 2013 ist er mit großer Schärfe neu entflammt, als am Karl-Liebknecht-Haus der Partei Die Linke eine Gedenktafel an die Opfer des Stalinismus »ehrend« erinnern sollte. Der Vorsitzende des Ältestenrates der Partei, Hans Modrow, sah darin »eine Klagemauer gegen die Sowjetunion«. Die »Erinnerungskultur der Linken« folge

immer mehr einem »antikommunistischen Zeitgeist«. Aber immerhin: Seit Dezember 2013 hängt die Gedenktafel neben einer Tafel zur Erinnerung an Ernst Thälmann. Der Streit ist mehrheitlich zugunsten eindeutiger Worte über die Opfer des Stalinismus entschieden worden, auch wenn Parteimitglieder weiterhin fragen, warum es für viele in der Partei »so schwer ist, sich der Verbrechen dieses Parteikommunismus zu stellen«. Michael Brie, der sich diese Frage stellte, weiß, dass ohne einen kritischen Umgang »mit der Geschichte des Leninismus und des Stalinismus« die Partei Die Linke keine »Glaubwürdigkeit gewinnen und auch nicht auf Dauer bewahren« kann (Vgl. zum Streit: Michael Brie, *Stalins kommunistische Opfer*, in: NG|FH 4/2014).

Die Forderung an die Linkspartei, gerade auch mit Blick auf das Jahr 2017 die Kritik an Stalinismus und Leninismus klarer und eindeutiger zu formulieren, bleibt daher bestehen, gerade weil immer wieder die Neigung bestehen mag, aus taktischen Gründen am liebsten gar nichts dazu zu sagen.

Das gilt auch für das Reizwort »Zwangsvereinigung«. Man kann darüber streiten, ob der Begriff in den 50er Jahren nicht zu einem »Kampfbegriff« im Kalten Krieg erstarrt ist, der deshalb für die historische Forschung wenig taugt, wie Andreas Malycha betonte. Aber gerade seine wichtige Dokumentation *Auf dem Weg zur SED* aus dem Jahre 1995 liefert so viele Belege für Zwang und Verfolgung, dass jeder andere Begriff eher eine Beschönigung ist. Die Formulierung im Parteiprogramm der Linkspartei von 2011 ist eine solche Beschönigung. Es heißt dort: »Die große Mehrheit der Mitglieder von KPD und SPD waren für diesen notwendigen Zusammenschluss

[von KPD und SPD]. Der Zusammenschluss war aber auch mit Druck verbunden.«

Sicher ist es richtig – wie die neuesten Forschungen belegen –, dass 1946 nur etwa ein Viertel der Sozialdemokraten in der SBZ gegen die Vereinigung entschiedenen Widerstand leistete, die große Mehrheit sich voller Vorbehalte und verhaltener Kritik dem Zwang beugte und eine Minderheit sogar voller Hoffnungen mitmachte. Die zeitgleich einsetzende Verfolgung von Sozialdemokraten aber verbietet jede Wortspielerei um diesen Begriff, sonst gerät das ehrenwerte Bemühen um Differenzierung sehr schnell zur Geschichtsklitterung. Der häufig beschworene »antifaschistische Konsens« wurde zuerst von der sowjetischen Besatzungsmacht im Zusammenspiel mit der KPD-Führung aufgekündigt, als bereits 1945 Sozialdemokraten aus politischen Gründen verhaftet wurden. Und dies war nur ein Vorspiel dafür, was in den Jahren darauf an Verfolgung von Sozialdemokraten in der SED folgte. Die Formulierung, es habe damals im Umgang mit Sozialdemokraten auch »Druck« gegeben, ist kein Ausdruck eines überzeugenden Lernprozesses in der Linkspartei.

Das ist ein Beispiel von vielen, wo es ganz offenbar Stoff für Streitgespräche zwischen SPD und Linkspartei gibt. (»Verrat« der Parteiführung 1914 und 1918 versus »verratene« Mitglieder; »Sozialfaschismus« und Scheitern der Weimarer Republik etc.) Die Gespräche müssen offen und auf »Augenhöhe« geführt werden und ohne den klammheimlichen Willen, die andere Seite nur vorführen zu wollen. Aber sie müssen geführt werden. Sie können damit Teil jener »Abrüstungsverhandlungen« sein, die eine Voraussetzung für ein »progressiv-linkes Reformbündnis« für 2017 und darüber hinaus sind.



**Siegfried Heimann**

ist Historiker und Politikwissenschaftler, Privatdozent am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin.

[sheimann@zedat.fu-berlin.de](mailto:sheimann@zedat.fu-berlin.de)



**Peter Brandt**

ist Professor für Neuere deutsche und europäische Geschichte an der Fernuniversität Hagen.

[peter.brandt@fernuni-hagen.de](mailto:peter.brandt@fernuni-hagen.de)